

Gründung der nordamerikanischen Freihandelsregion NAFTA (North American Free Trade Agreement) zeigen die taiwanesischen Unternehmen großes Interesse daran, einen Produktionsstandort in Mexiko aufzubauen, um damit die Absatzmärkte in den USA und Kanada zu sichern. (FCJ, 1.7.94) Bei seinem "privaten" Besuch soll Lian Gespräche mit dem mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari und anderen führenden Persönlichkeiten aus Regierung und Wirtschaft geführt haben. (ZYRB, 9.6.94) -ni-

*(29)

Beijings scharfe Kritik an Li Denghuis Äußerungen zu den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

Die kommunistische Presse auf dem chinesischen Festland und in Hongkong hat Präsident Li Denghui anlässlich einer Reihe seiner Äußerungen über die Beziehungen zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland namentlich angegriffen. Vor allem wurde ein Interview, das er dem bekannten japanischen Schriftsteller Ryotaro Shiba im März d.J. gab und das im japanischen Wochenblatt *Shukan Asahi* (5.-13. Mai 1994) unter dem Titel "Die Trauer, ein Taiwanese zu sein" veröffentlicht wurde, scharf kritisiert. Darin bezeichnete Li es als einen "kuriösen Traum" der KPCh, Taiwan als Provinz der VR China anzusehen. "Taiwan und das [chinesische] Festland haben verschiedene Regierungen", sagte er, und "China" sei ein verschwommener Begriff. In der Vergangenheit habe es in Taiwan immer eine fremde Macht gegeben. Selbst die Kuomintang, also seine eigene Partei (er ist Parteivorsitzender), zähle zu einer fremden Macht; sie müsse in eine taiwanische Partei umgewandelt werden. In Bezug auf Taiwan bereiteten der Führung in Beijing drei Dinge Kopfzerbrechen: die Demokratisierung in Taiwan, seine flexible Außenpolitik und die Verstärkung der Luftwaffe. Zum Schluß des Gesprächs verglich Li seine Politik mit dem biblischen "Exodus aus Ägypten" und sagte, es habe bereits begonnen. (Zitiert nach einer chinesischen Übersetzung in ZZ, 13.5.94.)

Die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua warf Li in einem Kommentar vom 18. Juni vor, die Bevölkerung

Taiwans zur Bildung eines von China unabhängigen neuen Staates zu bilden führen. (SWB, 20.6.94) Beijings *Volkszeitung* warnte ihn davor, mit seinen Ideen den 21 Mio. Einwohnern Taiwans katastrophale Folgen zu bescheren. (RMRB, 16.6.94) -ni-

*(30)

Export erreicht im Mai Rekordhöhe

Taiwans Exporte erreichten nach Angaben des Finanzministeriums im Mai 8,5 Mrd.US\$, d.h. eine bisherige Monatsrekordhöhe. Besonders die Exporte nach Hongkong hatten im Mai die bislang höchste Monatszuwachsrate zu verzeichnen, so daß die Summe - verglichen mit den Exporten des gleichen Monats in die USA - nur 60 Mio. US\$ unterhalb der Exporte in die USA lag. Im zweiten Halbjahr 1994, so erwartet man, soll Taiwan schon mehr nach Hongkong als in die USA exportieren - bislang sind die USA der größte Absatzmarkt taiwanesischer Waren. (LHB, 8.6.94) Der Japan-Taiwan Commercial Affairs Association zufolge ist das Wertvolumen der Exporte Taiwans nach Hongkong 1993 um 19,7% auf 18,45 Mrd. US\$ gestiegen. Davon entfielen 70% auf "indirekte Exporte" (Transitexporte) Taiwans nach dem chinesischen Festland. (Zhongguo Tongxun She news agency, Hongkong, 20.6.94, nach SWB, 6.7.94)

Bis zum 18.Juni hat Taiwan in diesem Jahr insgesamt Waren im Wert von 40,5 Mrd.US\$ aus- und 38,1 Mrd.US\$ eingeführt. Die Handelsbilanz wies einen Exportüberschuß in Höhe von 2,451 Mrd.US\$ auf, 18,2% weniger als im Vergleichszeitraum des letzten Jahres. Da die Exporte im zweiten Halbjahr gewöhnlich steigen, wird gemäß Schätzungen des Finanzministeriums für das gesamte Jahr ein Handelsüberschuß von 6-7 Mrd.US\$ erwartet, nach 7,8 Mrd.US\$ im Vorjahr. (LHB, 23.6.94)

Nach statistischen Angaben des Wirtschaftsministeriums lagen die Exportaufträge in den ersten fünf Monaten d.J. bei 36,86 Mrd.US\$, 4,36% mehr als im Vergleichszeitraum des vorigen Jahres. In Erwartung einer weiteren Beschleunigung der Exporte sagte das Taiwan Institute of Economic Research ein Wirtschaftswachstum von 6,26% für das zweite Halbjahr voraus, nach 5,26% im ersten Halbjahr. Für das gesamte Jahr 1994 wird eine Zuwachsrate von 5,89% erwartet. (FCJ, 1.7.94; LHB, 22.6.94) -ni-

Hongkong und Macao

*(31)

Fusion prodemokratischer Kräfte Hongkongs zu einer neuen Partei

Zwei prodemokratische Gruppierungen von Hongkong, die United Democrats of Hong Kong (UDHK) und der Meeting Point (MP), haben beschlossen, sich zu einer neuen Partei namens Democratic Party (DP) zusammenzuschließen. (FEER, 12.5.94; JSND, Juni 94) Früher gab es in der britischen Kolonie keine politischen Parteien, jedoch angesichts der bevorstehenden Rückgabe des Territoriums an China Mitte 1997 haben sich in den letzten vier Jahren zahlreiche Gruppierungen gebildet, um sich um die politische Zukunft Hongkongs zu kümmern. Unter ihnen zählten die UDHK und der MP zu den ersten. Im Legislativrat (Parlament) stellen sie mit zusammen 17 Sitzen die größte informelle Fraktion. Die UDHK- und MP-Mitglieder sind überwiegend Mittelständler wie Rechtsanwälte, Ärzte, Lehrer und andere akademische Fachleute. Sie befürworten die Einführung der westlichen Demokratie und unterstützen energisch Gouverneur Chris Patten's politische Reform für eine Beschleunigung der Demokratisierung in Hongkong.

Auf der anderen Seite bestehen konservative Gruppierungen wie die Liberal Democratic Federation of Hong Kong (LDFHK), die Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DABHK) und die vor kurzem gegründete Hong Kong Progressive Alliance (HKPA). Sie legen mehr Wert auf politische Stabilität als auf Demokratie und stehen damit Beijing näher. Die Mitglieder der LDFHK und der HKPA sind überwiegend Unternehmer und die der DABHK in erster Linie linksgerichtete Intellektuelle. Zum beijingfreundlichen Lager gehören außerdem auch Berufsorganisationen wie die Hong Kong Chamber of Commerce und die Federation of Trade Unions.

Zwischen diesen zwei Fronten gibt es noch dritte Kräfte wie die Hong Kong Association for Democracy and People's Livelihoods (HKADPL) und die Liberal Party of Hong Kong (LPHK),

die sich nicht auf einen Standpunkt festlegen wollen. Sie sind einerseits für die Beschleunigung der Demokratisierung, wollen aber andererseits eine Konfrontation mit Beijing vermeiden. Eine Mitwirkung der HKADPL bei der Gründung der neuen Partei DP lehnten daher die UDHK und der MP ab.

Die Fusion der UDHK und des MP richtet sich offenbar auf die Wahlen der kommunalen Organe 1994 und die Legislativwahl 1995. Nach dem Reformplan von Patten soll ein Mehrheitswahlssystem mit "one-vote, one-seat" eingeführt werden, d.h. eine Stimme für jeden Wähler und ein Mandat für jeden Wahlbezirk. In einer Partei können die prodemokratischen Kräfte gemeinsam einen Kandidaten für jeden einzelnen Wahlbezirk aufstellen. Nach dem bestehenden Wahlgesetz dürfen mehrere Mandate in einem Wahlbezirk gewählt werden. Trotzdem haben die konservativen Kräfte bei den ersten Wahlen zum Legislativrat 1991 keinen einzigen Sitz errungen. Da für sie das Mehrheitswahlssystem mit einer Stimme für jeden Wähler und einem Sitz für jeden Wahlbezirk noch ungünstiger sein kann, widersetzt sich Beijing heftig Pattens Wahlreform. Nach der Übernahme Hongkongs 1997 werde alles wieder rückgängig gemacht, falls der Legislativrat das von dem Gouverneur vorgeschlagene neue Wahlgesetz verabschiede, und alle nach solchem Wahlgesetz gewählten Organe sollen zugleich aufgelöst werden, so lautet die wiederholte Androhung der chinesischen Regierung.

Für Beijing ist die UDHK, zu der die meisten 1991 direkt gewählten Legislativratsmitglieder gehören, wegen derer heftigen Kritik am kommunistischen Regime in Beijing besonders ein Dorn im Auge. Sie wurde als "subversive" Organisation oder als Anhänger des britischen Kolonialismus gebrandmarkt. Gegenüber dem MP hatte die chinesische Regierung vor kurzem durch die Ernennung seines Vorsitzenden Anthony Cheung Bing-leung zum Berater für die Angelegenheiten von Hongkong ein Signal zur Versöhnung geben wollen. Nach der offiziellen Ankündigung des MP zur Fusion mit den UDHK wurde die Ernennung Cheungs wieder zurückgezogen. (SWB, 31.5.94; Jingbao, Hongkong, Juli 1994) -ni-

*(32)

Neues Wahlgesetz von Hongkong verabschiedet

Nach über 17stündiger Debatte hat der Legislativrat (Parlament) der britischen Kolonie Hongkong das von Gouverneur Chris Patten vorgeschlagene neue Wahlgesetz tief in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli verabschiedet. Zur Zeit besteht der Legislativrat aus insgesamt 60 Mitgliedern, davon sind 18 vom Volk direkt gewählt, 21 von den sogenannten "functional constituencies" (Wirtschafts- und Berufsverbände sowie ein Kommunalorgan "Regional Council") bestimmt, 18 vom Gouverneur ernannt und drei von Amts wegen (ex officio) besetzt. Durch die Gesetzesänderung sollen 20 Abgeordnete direkt gewählt, 30 von den "functional constituencies" und 10 von einem aus den 346 vom Volk direkt gewählten Mitgliedern der Bezirksräte bestehenden Komitee gewählt werden. Gleichzeitig wird die Zahl der "functional constituencies" um neun auf 30 erhöht und das Wahlrecht für Körperschaften abgeschafft, damit dürfen insgesamt rund 2,7 individuelle Mitglieder solcher Organisationen eine zweite Stimme für die Legislativwahl bekommen. Außerdem hatte der Legislativrat, wie berichtet (C.a. Februar 1994, Ü 37), am 23. Februar d.J. bereits einen ersten Teil der Vorschläge Pattens zur Wahlreform angenommen, wobei u.a. die Ernennung von Mitgliedern der Bezirksräte abgeschafft und das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt wurden.

Hongkong wird am 1. Juli 1997 an China zurückgegeben. Der letzte Legislativrat unter der britischen Kolonialherrschaft wird 1995 gewählt und seine Legislaturperiode dauert vier Jahre, also bis 1999. Nach einem Beschluß des chinesischen Nationalen Volkskongresses vom 4. April 1990 können diejenigen Abgeordneten nach der Wende ihren Sitz weiter behalten, die das Grundgesetz der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong befolgen und der Sonderverwaltungszone treu bleiben. Der 1. Legislativrat der Sonderverwaltungszone soll danach ebenfalls aus 60 Mitgliedern bestehen: 20 vom Volk direkt, 30 von den "functional constituencies" und 10 von einem Wahlkomitee gewählt. Soweit gibt es kaum Unterschiede zwischen dem chinesischen Plan und Pattens Reform. Umstritten ist vor allem die Bildung des Wahlkomitees für die Bestimmung von 10 Abgeordneten. Der chinesische Nationale Volkskongreß hat im ge-

nannten Beschluß keine Erklärung dazu abgegeben. Lediglich für die Zusammensetzung des 2. und 3. Legislativrats zwischen 1999 und 2007 sieht das chinesische Grundgesetz für die Sonderverwaltungszone Hongkong vor, daß das Wahlkomitee für diesen Zweck aus 800 Mitgliedern bestehen soll, und zwar 200 aus Industrie-, Handels- und Finanzkreisen, 200 aus Berufsverbänden, 200 aus Kreisen von Arbeitern, Sozialarbeitern und religiösen Institutionen, 200 aus Kreisen der Legislativratsmitglieder, kommunalen Vertreter, Abgeordneten des chinesischen Nationalen Volkskongresses aus Hongkong und Mitglieder der chinesischen Nationalen Politischen Konsultativkonferenz aus Hongkong. Im Briefaustausch zwischen den Außenministern der Regierungen in Beijing und London hat die britische Seite im Februar 1990 "prinzipiell" akzeptiert, das chinesische Modell des Wahlkomitees für 1999-2007 auf die Legislativratswahl 1995 anzuwenden. Während Beijing dies als eine Vereinbarung betrachtet, will Patten es nur als eine Verhandlungsbasis verstehen.

Obendrein ist die chinesische Seite dagegen, die Zahl der "functional constituencies" zu erweitern und statt der Körperschaften deren individuellen Mitgliedern das Wahlrecht zu verleihen. Bei der Debatte haben die konservativen unternehmen- und beijingfreundlichen Kräfte versucht, Pattens Wahlreform durch Änderungsanträge zu torpedieren. Ein Antrag darauf, die sich auf die "functional constituencies" stützenden Wähler auf 220.000 zu beschränken und das o.g. Wahlkomitee nur aus vier Wirtschafts- und Berufskreisen zu bilden, wurde mit einer Stimme zu wenig (28:29) abgelehnt. Zwei Abgeordnete, die ursprünglich ihre Unterstützung des Antrags zugesagt hatten, wurden von der Regierung zur Stimmenthaltung überredet. Schließlich wurde Pattens Reformplan mit einem Abstimmungsergebnis von 32 gegen 24 bei zwei Enthaltungen verabschiedet. (SCMP, 30.6.94; Xinhao, Hongkong, 30.6.94)

Der Streit um die Wahlreform hat seit Oktober 1992 über anderthalb Jahre gedauert. Nach 17 Verhandlungsrunden bis Ende November vorigen Jahres war ein Kompromiß zwischen London und Beijing nicht in Sicht. Noch im Februar d.J., als der erste Teil von Pattens Wahlreform verabschiedet wurde, hatte die chinesische Regierung angekündigt, die Parlamentsorgane auf allen drei Ebenen in Hongkong 1997

aufzulösen, auch wenn die regelmäßige Legislaturperiode nicht beendet ist. Andererseits zeigten beide Seiten kein Interesse daran, die Meinungsverschiedenheiten zu vergrößern. So hat die sino-britische Liaisongruppe bei ihrer 29. Plenarsitzung am 30. Juni für die sieben Jahre lang verhandelte Frage über die Übergabe der militärischen Stützpunkte in Hongkong einen Ausweg gefunden. Eine Lösung des anderen langwierigen Streitfalls um die Finanzierung des Baus des neuen internationalen Flughafens in Hongkong steht ebenfalls in Sicht. -ni-

*(33)

Sorgen um die Pressefreiheit in Hongkong

Aus Protest gegen eine interne Zensur beim Fernsehsender ATV (Asia Television) von Hongkong sind sechs führende Mitarbeiter der Nachrichtenabteilung zurückgetreten. Es ging um eine Auseinandersetzung zwischen ihnen und der ATV-Führung über einen spanischen Dokumentarfilm zum Geschehen vom 4. Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz in Beijing. Den sechs Mitarbeitern zufolge hatte die ATV-Führung die Ausstrahlung des Films anlässlich des fünften Jahrestages der blutigen Niederwerfung der Demokratiebewegung in China verboten. Daraufhin erklärten die Mitarbeiter ihren Rücktritt. Obwohl der Film aufgrund heftiger Kritik in der Öffentlichkeit gegen die ATV-Führung schließlich wieder zur Sendung freigegeben wurde, wollen sie ihre Kündigung nicht zurückziehen. Sie begründeten ihren Entschluß damit, daß das Vertrauen zwischen ihnen und der Führung des Senders zerstört worden sei. Sie glauben, daß sich die Manager des Senders vor Beijing beugen. (IHT, 1.6.94; SCMP und AWSJ, 2.6.94)

Die ATV ist einer der zwei großen privaten Sender Hongkongs unter der Kontrolle von P.Y. Lam und seinem Familienkonzern Lai Sun Garments. Der zweitgrößte Teilhaber ist das Unternehmen New World Development. Beide Firmen mit Sitz in Hongkong haben große Wirtschaftsinteressen in China. Neben ATV hat ein anderer Fernsehsender Hongkongs, TVB (Television Broadcasts), vor einigen Monaten auf die Sendung eines BBC-Dokumentarfilms über Mao Zedong verzichtet, weil er von Beijing scharf attackiert wurde. Unter den großen Teilhabern der TVB ist Robert Kuok, ein malaysischer Tycoon chinesischer

Abstammung, der ebenfalls enge Beziehungen zu Beijing unterhält und der erst vor kurzem einen großen Anteil der größten englischsprachigen Tageszeitung Hongkongs, die *South China Morning Post*, erworben hat. Man befürchtet, daß die Medien Hongkongs zunehmend in die Hände von Großunternehmen geraten, die nur kommerzielle Interessen haben oder sich im Hinblick auf die Rückgabe Hongkongs an China 1997 politisch bei Beijing einschmeicheln wollen. (IHT, 4./5.6.94)

Angesichts des Countdowns vor der großen politischen Wende 1997 müssen solche Blätter um ihre Zukunft bangen, die Beijing gegenüber besonders kritisch sind und öfter interne Angelegenheiten der chinesischen Führung enthüllen. Dies sind z.B. *Zheng Ming (Cheng Ming)*, *Dangdai (Contemporary)*, *Dong Xiang (The Trend Magazine)*, *Jiushi Niandai (The Nineties)* und *Kaifang (Open)*. Eine andere halbmonatliche Zeitschrift *Baixing (Pai Shing)*, die einst Beijing gegenüber ebenfalls kritisch eingestellt war, wurde von dem Unternehmer T.T. Tsui gekauft, der angeblich ein gutes Verhältnis mit der chinesischen Volksbefreiungsarmee unterhält. Unter seiner Leitung wurde die Zeitschrift in ein unpolitisches populäres Blatt umgewandelt. Die von einem katholischen Priester gegründete Halbmonatszeitschrift für "China-watching" in englischer Sprache, *China News Analysis*, wird nach Taiwan umziehen. (FEER, 5.5.94)

In den letzten Jahren hat auch Beijing seine eigenen Medien in Hongkong ausgeweitet. Zur Zeit verfügt es unmittelbar über vier Zeitungen, *Wenhuibao (Wen Wei Po)*, *Dagongbao (Ta-Kung-Pao)*, *Xianggang Shangbao* und *Xinwanbao* und zwei Zeitschriften, *Zijing* und *Jingji Daobao (Economic Reporter)*. Außerdem gibt es noch beijingfreundliche linksliberale Zeitschriften wie *Guangjiaojing (Wide Angle)* und *Jingbao (The Mirror)*. Unlängst lief in der Presse von Hongkong ein Gerücht, daß die KPCh nach der Wende 1997 in Hongkong ein Parteiorgan "Xianggang Tequ Bao" (Hong Kong SAR Daily) gründen wolle. Dies wurde allerdings von Beijing dementiert. (SWB, 9.6.94)

Um die Presse in Hongkong zu beruhigen, sagte Tian Jiyun, Mitglied des Politbüros der KPCh und Vizevorsitzender des Nationalen Volkskongresses der VR China, in einem Gespräch mit Hongkonger Pro-Beijing-Persönlichkeiten, daß es der Bevölkerung

Hongkongs nach der Gründung der Sonderverwaltungszone am 1. Juli 1997 immer erlaubt sein werde, "der KPCh Beleidigungen ins Gesicht zu schleudern", und daß die Presse weiterhin kritische Artikel über die Politik des chinesischen Festlands veröffentlichen dürfe. Allerdings, fügte er hinzu, "sien keine organisierte subversive, aufrührerische und feindliche Aktivitäten geduldet". (SWB, 9.6.94; ZM, 1.6.94, S.21) Ähnlich versicherte ein hoher Mitarbeiter der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua Hong Kong Branch, offizieller Vertreter Beijings in Hongkong, Wang Rudeng, am 13. Juni, daß die chinesische Regierung die Presse- und Meinungsfreiheit in Hongkong nach 1997 garantiere. Er glaubt auch nicht, daß Hongkongs Massenmedien aus der Befürchtung, Beijing zu verärgern, Selbsteinschränkung oder interne Zensur auszuüben brauche. Aber er betonte, alle Journalisten hätten besonders die Objektivität und Wahrheit zu beachten und die Gesetze zu befolgen. (SWB, 20.6.94; DGB, 14.6.94)

Aber das Problem bleibt, daß Beijing und Hongkong verschiedene Maßstäbe der Meinungs- und Pressefreiheit haben. Solange China noch kein Rechtsstaat ist, können die Sorgen der Journalisten Hongkongs nicht mit verbalen Beteuerungen aus Beijing beseitigt werden. Noch im April d.J. wurde, wie berichtet (C.a., April 1994, Ü 33), Xi Yang, ein Journalist der Hongkonger Zeitung *Mingbao*, in einem geheimen Prozeß vom Gericht in Beijing zu 12 Jahren Haft verurteilt unter der Beschuldigung, chinesische Geheimnisse über Zins- und Goldreservenmaßnahmen durch Bestechung erlangt und veröffentlicht zu haben. Zugleich verschärft Beijing für Hongkonger Journalisten die Genehmigung der Rechercheur auf dem chinesischen Festland. (SWB, 28.5.94; Xinbao, Hongkong, 9.5.94) Das chinesische Außenministerium hat darüber hinaus am 17. Juni die neuen Maßnahmen der Hongkonger Regierung zur Erleichterung der Informationszugänglichkeit für die Öffentlichkeit scharf kritisiert. (SWB, 21.6.94; XNA, 17.6.94) -ni-

*(34)

Große Massenversammlung in Hongkong zum Gedenken der chinesischen Demokratiebewegung von 1989

Anlässlich des fünften Jahrestages der blutigen Niederwerfung der chinesischen Demokratiebewegung 1989 gab

es in Hongkong wieder große Demonstrationen. Am Abend des 4. Juni versammelten sich Zehntausende mit brennenden Kerzen in der Hand im Victoria Park. Neben dem Gedenken an die damaligen Opfer wurde auf der Kundgebung die Freilassung der Verhafteten, Rehabilitierung der Bewegung, Strafverfolgung der Verantwortlichen für das Massaker in Beijing, Beendigung der Parteidiktatur und Aufbau eines demokratischen Chinas gefordert. Die Demonstration war auch im Hinblick auf die eigene Zukunft Hongkongs gedacht, weil die britische Kolonie noch Mitte 1997 an China zurückgegeben wird.

Einer vom Forschungszentrum für Sozialwissenschaften an der Chinese University of Hong Kong zwischen dem 17. und 20. Mai d.J. durchgeführten Meinungsumfrage zufolge halten immer noch 70,5% der Bürger Hongkongs die Maßnahmen der chinesischen Regierung zur Behandlung der Geschehnisse vom 4. Juni für nicht richtig, rd. 15% meinen, daß die Studenten damals falsch gehandelt haben. Aber knapp 50% der Hongkonger vertreten die Meinung, daß die Menschenrechte in China sich im Vergleich zum Zustand vor fünf Jahren verbessert hätten, und knapp 40% glauben an eine weitere Verbesserung nach 1997. Rund 80% der Befragten sind der Ansicht, daß die Hongkonger die Verpflichtung hätten, die Demokratiebewegung in China voranzutreiben. Andererseits finden über 40% der Befragten, daß China mehr Wirtschaftsentwicklung als Demokratie brauche, nur rd. 15% geben der Demokratie den Vorrang. Insgesamt wurden 504 Personen per Telefon interviewt und 63,9% von ihnen haben geantwortet. (Xinbao, Hongkong, 5.6.94)

Um die Menschenrechte in Hongkong nach 1997 zu sichern, wollen einige Mitglieder des Legislativrats (Parlament) versuchen, Gesetze zur Gründung einer amtlichen Menschenrechtskommission und zur Garantie der Freiheit von Information (freedom of information) zu initiieren, was auf scharfe Kritik der chinesischen Seite stieß. (SWB, 27.5.94) Auch Gouverneur Chris Patten ist von der Idee nicht begeistert, weil er offenbar neuen politischen Streit mit Beijing vermeiden möchte. (IHT, 3.6.94; Xinbao, Hongkong, 1. und 2.6.94) Wegen seiner Wahlreformpläne sind beide Seiten bereits seit über zwei Jahren in einen unlösbaren Konflikt geraten. -ni-

Margot Schüller

China-Boom in Deutschland: Entwicklung und Perspektiven der deutsch-chinesischen Wirtschaftskooperation

Das Interesse der deutschen Wirtschaft an China als Absatzmarkt und Produktionsstandort hat sich in den letzten Jahren wieder deutlich verstärkt. Der China-Pessimismus, der nach dem Tiananmen-Zwischenfall im Juni 1989 vorherrschte und in deutschen Unternehmen die Entscheidungen über neue Kooperationsprojekte blockierte, scheint einer grundsätzlich positiven Haltung gegenüber den Risiken im China-Geschäft gewichen zu sein. Der Erschließung neuer Märkte in Asien und der Präsenz in dieser dynamischen Wirtschaftsregion, in der die chinesische Wirtschaft mit ihren hohen Wachstumsraten zu den Spitzenreitern zählt, wurde ein so hoher Stellenwert eingeräumt, daß die Wirtschaftsverbände zu einer "Asien-Offensive" aufgerufen haben. Der neu gegründete Asien-Pazifik-Ausschuß soll die wirtschaftlichen Aktivitäten in Asien koordinieren und die politische Unterstützung sichern. Die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen und Aufhebung der Wirtschaftssanktionen schufen die Voraussetzungen, auch gegenüber der VR China eine pragmatische Politik der Förderung deutscher Wirtschafts- und Handelsinteressen verfolgen zu können.

Der Blick deutscher Unternehmen richtet sich aus verschiedenen Gründen auf China. So basiert die Faszination Chinas als Absatzmarkt und Produktionsstandort auf der hohen Dynamik der chinesischen Wirtschaft, die von einer steigenden Importnachfrage nach Kapitalgütern und einer raschen Zunahme einer kaufkräftigen inländischen Konsumentenschicht begleitet wird. Für die Modernisierung der veralteten Industrieanlagen benötigt China neue Ausrüstungen und Technologie und ohne den dringend erforderlichen Ausbau der Infrastruktur im Transport-, Telekommunikations- und Energiebereich wird das angestrebte stabile Wirtschaftswachstum nicht möglich sein. Hier bieten sich zahlreiche Marktchancen für deutsche Unternehmen, die sich in ihren traditionellen Märkten einer weitgehenden Sättigung des Bedarfs gegenübersehen. Als Produktionsstandort scheint China aufgrund seiner niedrigen Lohnkosten besonders attraktiv zu sein, insbesondere in der arbeitsintensiven Fertigung und unter dem Aspekt der räumlichen Nähe zu anderen asiatischen Märkten.

Die schwache Konjunktorentwicklung in den westlichen Staaten und die nur mühsam in Gang kommende wirtschaftliche Transformation in den osteuropäischen Län-